

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 10.09.2026)

Titel: Ä2 zu A2: Gemeinsam gegen jeden Antisemitismus

Antragstext

Von Zeile 7 bis 14:

2. Die GRÜNE JUGEND München nimmt Kritik und unterschiedliche Perspektiven auf ihre Positionierung zu Israel und Palästina ernst und setzt sich mit diesen inhaltlich auseinander. Dabei berücksichtigt sie, dass sie zugrunde liegende Positionierung auf einem Bundesbeschluss beruht und die Verantwortung für dessen politische Einordnung und Weiterentwicklung daher nicht bei der GRÜNEN JUGEND München liegt.

~~2. In Anbetracht des Beschlusses des Länderrats vom 12.07.2026 mit dem Titel "Kein Frieden durch Krieg — Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina" bemüht sich die GRÜNE JUGEND München darum, verloren gegangenes Vertrauen im Kampf gegen Antisemitismus zurückzugewinnen. Aus diesem Grund organisiert sie in diesem Jahr noch mindestens eine antisemitismuskritische Bildungsveranstaltung. Hierzu sucht der Vorstand der GRÜNEN JUGEND München auch aktiv das Gespräch mit langjährigen Bündnispartner*innen und Expert*innen.~~

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Debatten und der besonderen Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus organisiert die GRÜNE JUGEND München bis Ende 2026 mindestens eine antisemitismuskritische Bildungsveranstaltung. Hierzu kann der Vorstand das Gespräch mit jüdischen und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, sowie mit Expert*innen suchen.

Begründung

Die Kritik, gegenüber der GRÜNEN JUGEND im Anschluss an den Beschluss des Länderrats vom 12.07.2026 ist als gesamter Verband ernstzunehmen und zu reflektieren. Umso wichtiger ist es, die Positionierung als Kreisverband dazu basisdemokratisch auszuarbeiten. Dabei handelt es sich jedoch um einen Prozess, der ausreichend Raum benötigt.

Der Kampf gegen Antisemitismus und der Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte sind Teile des Fundaments unseres politischen Handelns. Dazu muss antisemitismuskritische Bildungsangebote geben. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Bildungsarbeit nicht auf Betroffene ausgelagert wird und gleichzeitig auch nicht über sie gesprochen wird.